

Wahrheit, Mythos oder Legende?

Meine Replik auf die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR 1976

Zweifellos ist das die Wahrheit: Mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR 1976 wurde durch die DDR-Führung ein fatales Signal gesetzt, worum sich heute noch Legenden spinnen. Kann es aber wirklich sein, dass durch diese Ausweisung eines Sängers der Untergang eines ganzen Staates eingeleitet wurde, der gerade seine völkerrechtliche Anerkennung erfahren hatte? Wird da der provokative Künstler gar zum Helden im Nachhinein? Nicht mal in der Petition der Schriftsteller, die damals gegen die Ausweisung protestierten, ist eine tolle Sympathie für Biermann zu erkennen. Darf er sich also im egozentrischen Heldenstatus sonnen? Ging es eigentlich um ihn oder ging es um ganz andere Konflikte? Oder ging es in diesem Zusammenhang um einen Generationenkonflikt? Um einen Konflikt zwischen führender Partei und künstlerischer Intelligenz insgesamt? Oder um einen Machtkampf innerhalb der Partei? Oder standen sogar verschiedene Sozialismus-Konzeptionen zur Diskussion, von der wir braven DDR-Bürger und FDJ-Funktionäre damals nichts ahnten? Sozialismus – Stalinismus – Anarchismus? Es war die Zeit, als der sog. Eurokommunismus die kommunistische Bewegung weiter spaltete. Wurden hier gar uralte Konflikte der kommunistischen Bewegung nochmals ausgetragen?

Man sollte annehmen, wenn 40 Jahre später eine Deutsche Gesellschaft e.V. und der Autorenkreis der Bundesrepublik in der Bundesstiftung Aufarbeitung eine Literaturtagung „40 Jahre Ausbürgerung von Wolf Biermann“ veranstaltet, das dazu erhellende Gedanken verbreitet werden. Nichts davon. Literaturwissenschaftler, Journalisten, Autoren wie Günter Wallraff und Uwe Kolbe wurden bemüht (Entscheidungsträger in der DDR waren gar nicht gefragt), die historische Szene etwas zu beleuchten. Biermann selbst wollte einer Einladung zur Tagung nicht folgen, er tat Recht daran. Es gab keine Erleuchtung, es blieb eine trübe und neblige Veranstaltung. Die politischen Zusammenhänge umging man weitgehend, um sich vor allem der Frage zuzuwenden, wer Biermann wohl sei: Ein neuer Heine, ein deutscher Villon, ein Nachfolger von Tucholsky, Ringelnatz und vor allem von Brecht, ein Kenner von Hölderlin und ein deutscher Bob Dylan, ein „geborener Musiker“ und „angelernter Dichter“, ein sich selbst zum „Liedermacher“ ernannter. Es fehlte nur noch die Forderung, ihm endlich den Nobelpreis zuzuerkennen. Allerdings muss gesagt werden, dass es auch kritische Töne zu ihm gab: Sein Egozentrismus, seine politisch indifferente Haltung zum Irak-Krieg, sein Auftreten im Deutschen Bundestag, seine antikommunistische Wendung 1992 wurden sehr wohl kritisch erwähnt. Der Wahrheit kamen aber jene näher, die meinten, dass normale Jugendliche in der DDR „diesen roten Mist“ nicht mehr hören wollten und sein anarchistisches Konzept „Den Vater rächen und die Welt retten“ gar nicht mehr verstanden. Ein Teil der intellektuellen Jugend jener Jahre wollte Biermann im Widerstand oder Protest gegen die herrschenden Rituale in der DDR gerne folgen, aber ihm keineswegs als „Sozialist auf eigene Rechnung“, als anarchistischer Kommunist. Davon hatten zu jener Zeit schon viele die Nase voll. Kaum ein Hahn krächte mehr nach ihm, nachdem

es seit 1965 weitgehend gelungen war, Biermann die öffentliche Bühne zu verwehren und sich nur ein kleiner Teil der ostdeutschen Boheme bei ihm in der Chausseestraße wohl fühlte.

Dass er wusste, seine Lieder aktionsreich zu zelebrieren, er gut Gitarre spielen konnte und tolle dichterische Einfälle hatte, sei ja gar nicht bestritten. Aber ein Redner hatte wohl nicht Unrecht, wenn er behauptete, dass es Jugendlichen zunehmend schwer viel, ihm ästhetisch in seinem Agit-Prop zu folgen; der Musikgeschmack der meisten Jugendlichen war in dieser Zeit schlicht ein anderer.

Warum entwickelte sich trotzdem aus diesem scheinbar singulären Ereignis ein sich ständig eskalierender Konflikt mit der künstlerischen Intelligenz des Landes, der mehr und mehr Angehörige aus diesem Kreis gar in den Westen trieb? Zum Schaden der DDR, zum Bedauern und Leidwesen ihrer Fans und Anhänger.

Der inhaltliche Dissens mit Biermann und seinen wenigen Anhängern und Freunden spielte de facto in dieser Auseinandersetzung auch keine Rolle mehr. Die zuerst protestierenden Schriftsteller verteidigten Biermanns die DDR verleumdenden Aussagen ja nicht, sie wandten sich vor allem gegen die „Ausbürgerung“ als eine Methode der Nazis. Die Parteiführung setzte sich nicht mit diesbezüglichen Argumenten auseinander, sondern versuchte apodiktisch die protestierenden Künstler der Kumpanei mit dem Westen zu bezichtigen, weil sie ihre Petition nicht intern hielten, sondern öffentlich gemacht hatten – und das über die Westmedien (in der DDR wurde ja nie die auch an das ND übergebene Erklärung veröffentlicht!). Die von den DDR-Medien begonnene Kampagne gegen die Unterzeichner der Petition bediente sich nicht etwa einer geistigen Auseinandersetzung um die Gründe der Ausweisung, sondern nutzte Verleumdung und Erpressung zur ziemlich irrationalen Zuspitzung auf ein „Für uns-oder-Gegen uns!“. Und dieses Verfahren wurde zur Disziplinierung der gesamten Partei, des Staatsapparats und der Medien genutzt. In vielen Fällen sollten Genossen und Parteilose Erklärungen unterschreiben, deren Sinn sie nicht begreifen konnten, weil ihnen der Gegenstand dieser (die Petition der Schriftsteller) gar nicht oder allenfalls aus dem Westfernsehen bekannt war. An dieser perfiden Forderung hing aber die berufliche Existenz hunderter Künstler, Kulturschaffender, Angestellter des Fernsehens und des Rundfunks, der Verlage und Künstleragenturen. Sie wurden so einfach erpresst.

Das internationale Ansehen der DDR und das Vertrauen im Inneren des Landes wurden durch diese Kampagne der Parteiführung auf immer irreparabel geschädigt. Damit wurde tatsächlich das Ende der DDR bereits im Herbst 1976 öffentlichkeitswirksam eingeleitet. Biermann wurde so zum Symbol. Die eigentlichen Umstände des Untergangs blieben aber den Genossen und Bürgern lange Zeit verborgen.

Historisch verständlich wird dies nämlich nur, wenn man einen Blick auf die Umstände dieser Novemberereignisse 1976 wirft. Die SED-Führung war gerade im Auftrag Moskaus dabei, alle früheren innovativen Versuche in der Ulbricht-Zeit – so umstritten sie auch waren – für eine eigenständige Sozialismus-Entwicklung in der DDR zu beerdigen. In diesem Jahr hatte der IX. Parteitag der SED ein fatal neues Parteiprogramm beschlossen. Der Sozialismus sollte weiter ausgestaltet werden und ein allmählicher Übergang zum Kommunismus eingeleitet werden. Die relativ eigenständige Gesellschaftsformation Sozialismus, wie sie Ulbricht noch vertrat, war out. Was Kommunismus auf deutschem Boden sein sollte, blieb undefiniert, aber kommunistische Erziehung

der Jugend war jetzt die aktuelle Aufgabe in der Schule und auch in der FDJ. Leider haben wir Funktionäre diese Lebensfremdheit auch wegen eigener Illusionen über die Möglichkeiten des Sozialismus nicht durchschaut und nicht begriffen, dass dies die totale Rückkehr zum wenig erfolgreichen sowjetischen Modell des Sozialismus bedeutete. Das war der eigentliche Anfang vom Ende der DDR, nicht Biermann und nicht die Dichter-Proteste danach.

Dem waren aber einige spektakuläre Ereignisse vorangegangen: Mit Breschnews Zustimmung löste Honecker 1971 Ulbricht ab, alle vorherigen Reformbemühungen wurden abgebrochen. Die deutsch-deutsche Tändelei 1970 (Brandt-Stoph) wurde eingestellt. Die Konzepte für eine relativ eigenständige Gesellschaftsformation Sozialismus sowie das NÖS wurden beerdigt. Auf kritischen Hinweis von Breschnew wurden die innovativen „kapitalistischen Elemente“ in der DDR (halbstaatliche Betriebe) schon 1972 liquidiert. Mit dem Grundlagenvertrag DDR-BRD und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO wurde die eigenständige völkerrechtliche Position der DDR gestärkt, was die Parteiführung dazu verführte, jegliche Intentionen auf eine einheitliche deutsche Nation aufzugeben. Mit der Verfassungsänderung der DDR 1974 wurde quasi auch der Volksentscheid der DDR-Bürger von 1968 ausgehebelt. Die Trennung von Partei und Staat wurde zwar formal beibehalten, hatte aber praktisch keine Bedeutung mehr. Die SED interpretierte ihre in der Verfassung verankerte führende Rolle nicht mehr nur als geistige, sondern auch als administrative Führung aller gesellschaftlichen Prozesse. Selbst die FDJ wurde durch die Aufnahme ihres damaligen 1. Sekretärs (Egon Krenz) in das Politbüro noch stärker an die Partei gebunden und sollte so quasi nach und nach zu einem kommunistischen Jugendverband (Thälmannsche Junge Garde) werden, was der Gründungsintention der FDJ eigentlich widersprach. Mit der öffentlichen Diskussion des neuen Jugendgesetzes 1973/74 endete auch die Periode plebiszitärer demokratischer Elemente in der Staatsführung, wie sie bei Ulbricht sich noch in öffentlichen Gesetzesdiskussionen ausdrückten. Schließlich wurde auch der Generalsekretär wieder Staatsratsvorsitzender und praktisch alles Beherrschender.

Mit den Beschlüssen des VIII. Parteitags von 1971, die darauf zielten, die Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung etwas zu verbessern, geriet die Parteiführung aber konzeptionell unter Kritik „Linker“, darunter etlicher Künstler, die darin eine Anbiederung an das Konsumdenken des Westens zu erkennen glaubten. Andererseits gelang es auch nicht, dieses Versprechen an die Bevölkerung um eine anhaltende Verbesserung der Lebenslage einzuhalten. Das Wohnungsbauprogramm war zwar akzeptiert, aber die „Versorgungslücken“ blieben ein Dauerthema. Hinzu kam die Abschottung der DDR gegenüber dem Westen nach dem Mauerbau. Mit dem angesparten Geld auf den Sparkonten konnte immer weniger in eine reale Verbesserung der Lebenslage umgesetzt werden. Der Wohlstand im Westen war für die Bürger der Maßstab. Biermann konnte ihnen bei der Lösung des Konflikts aber nichts anbieten.

Mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker schien es zunächst so, als ob eine Liberalisierung eingeleitet worden wäre („keine Tabus“). Übersehen wurde dabei allerdings von vielen, dass es Honecker war, der auf dem 11. Plenum 1965 scharf gegen die Entartungen im künstlerischen Bereich und unter der Jugend auftrat und wohl seine eigene Linie auch nicht änderte. Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin suggerierten dann eine weltoffenerere Politik. Das war aber auch dem Kampf der DDR um internationale Anerkennung geschuldet.

Zeitgleich erfolgte die Vorbereitung der KSZE, deren Schlussakte auch Honecker für die DDR 1975 unterzeichnete, wodurch Menschenrechte wieder Teil ideologischer Auseinandersetzungen wurden. Die DDR beharrte bei allem Bemühen um friedliche Koexistenz auf die Souveränität ihres jetzt international anerkannten Staates und verwahrte sich gegen jegliche Einmischung von außen. Zentraler Punkt war die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, wofür ein eigenes Gesetz geschaffen wurde. Mit der Aberkennung dieser Staatsbürgerschaft für Biermann wurde auch das Ziel verfolgt, die politisch-moralischen Anforderungen an die Staatsbürgerschaft für DDR-Bürger bewusst zu machen. Es war eben nicht nur ein einfacher rechtlicher Status, sondern sollte auch als eine bewusste persönliche Entscheidung als „DDR-Bürger“ aufgefasst werden, die angeblich mit Pflichten verbunden sei. Flankiert wurden solche Bestrebungen auch durch Sporterfolge bei den Olympischen Spielen in Montreal, wo die DDR in der Medaillenwertung hinter der Sowjetunion aber vor den USA den 2. Platz belegte und sogar Olympiasieger im Fußball wurde.

Mit ihrer neuen programmatischen Grundlage des Parteiprogramms, der internationalen Anerkennung und des gewachsenen internationalen Ansehens im Rücken, glaubte ein Teil der Parteiführung im Herbst 1976 offensichtlich stark genug zu sein, sich provokativer Künstler wie Biermann oder linker Denker wie Havemann als „Störenfriede“ entledigen zu können.

Leider sind Debatten aus dem Politbüro zu dieser Angelegenheit nicht bekannt (auch der letzte Überlebende Krenz schweigt dazu). Werner Lambertz war offensichtlich noch bereit (oder war beauftragt), mit den Künstlern zu diskutieren, Honecker und Hager fuhren offenbar einen schärferen Kurs. Was Margot Honecker, die wohl mit Biermann im freundschaftlichen Kontakt stand, darüber dachte, ist nicht bekannt. Es scheint aber so, dass beginnend im Politbüro die Einstellung zur Ausweisung Biermanns zur Nagelprobe der eigenen Parteitreue gemacht wurde.

Parteiorganisationen der Künstlerverbände wurden danach genötigt, zustimmend Stellung zu nehmen. Mitarbeiter des Fernsehens der DDR mussten gar Anti-Biermann-Erklärungen unterschreiben. FDJ-Funktionäre wurden vergattert, sich konform zur Parteiführung zu verhalten.

Was wäre eigentlich geschehen, wenn die DDR-Führung nicht nach der Biermann-Ausbürgerung noch Künstler, die protestiert hatten, drangsaliert hätte, ihnen keine beruflichen Perspektiven mehr bot und so zum Leid ihrer Zuschauer die beliebtesten DDR-Künstler und nach und nach auch noch Schriftsteller in den Westen vertrieb? Das war der größere Fehler, weil er die Identifikation der DDR-Bürger mit der DDR stark beschädigte und einen weiteren Keil zwischen Volk und Künstler trieb (Privilegien!).

Das hätte auch vorausgesetzt, endlich mal in der Partei sich mit verschiedenen Sozialismus-Auffassungen auseinanderzusetzen. Nur als Stichworte: Marx/Engels – Lenin, Trotzki, Stalinismus, deutscher Weg zum Sozialismus (Ackermann), Anarchismus, Sozialdemokratie u.a. Dazu war diese Partei geistig nicht in der Lage, auch nicht nach 1956 und erst recht nicht in der Gorbatschow-Zeit ab 1985. Auch im wissenschaftlichen Bereich gab es eine solche Auseinandersetzung nie. Deshalb war der Künstler Biermann auch nie politisch korrekt zu verorten und zu beurteilen. Er galt als innerer Feind, ein angeblicher „Kommunist“. Das war ja auch bei Robert Havemann so. Wenn das die wirklichen Kommunisten waren, dann darf ihr Einfluss im Volk wahrlich bezweifelt werden. Das Volk wollte eine reale Verbesserung seiner Lebenslage und mehr Freiheiten, aber nicht mehr „rot“. Die

Provokationen von Biermann waren dann schon willkommen, aber eine geistige Übereinstimmung mit ihm gab es nie.

Zu diesen wichtigen gesellschaftlichen Aspekten und Umständen gab es allerdings auf der Literaturtagung leider keine Erörterung.

Wie habe ich persönlich die Auseinandersetzung mit Biermann erlebt?

1965 begann ich mein Studium an der Pädagogischen Hochschule in Zwickau. Biermann wurde im Herbst des Jahres ein Thema. In einer FDJ-Versammlung wollten wir uns damit beschäftigen. Eine Kommilitonin aus Berlin brachte uns einige Biermann-Texte mit, die wir in der Versammlung mit dem Ziel verlasen, darüber zu diskutieren. Wir waren ja Germanistik-Studenten. An unserer FDJ-Versammlung nahm ein Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt teil, der einschritt und die Diskussion abbrach. Um eine Position zu Biermann zu haben, brauche man nicht seine Texte. Er verwies auf den Artikel von Höpcke im ND. Wir haben das hingenommen, waren aber keineswegs klüger.

Im Herbst des gleichen Jahres erwarb ich die berühmte Platte „Jazz-und-Lyrik“ mit den Auftritten von Krug, Esche und Biermann, die ich heute noch besitze und schätze. Auf dieser zelebriert Krug einen Biermann-Text.

1976 war ich stellv. Abteilungsleiter im Zentralrat der FDJ. Informativ erfuhr ich von den Auseinandersetzungen mit Jürgen Fuchs und Roland Jahn in Jena. Mit ihrer Exmatrikulation hatte ich nichts zu tun.

Nachdem Biermann ausgebürgert worden war, veranlasste der damalige 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ Egon Krenz eine Beratung der Sekretäre für Studenten der Bezirksleitungen im Zentralrat der FDJ, an der ich teilnahm. Krenz behauptet heute, nachdem er von Konrad Wolf den Hinweis erhalten habe, dass es wohl das Gleiche wäre wie im Nazi-Reich, wenn die DDR jemand ausbürgere, begriffen zu haben, dass das ein Fehler sei. Über die Debatte im Politbüro schweigt er sich aus. Seine Reaktion erlebte ich aber 1976: Wortgewaltig zitierte er auf dieser Zusammenkunft Lenin, um uns alle quasi auf den Rauswurf zu vereidigen: „Ein Mensch, der sich „aufrichtig“ zum Kommunismus bekannt hat, aber in Wirklichkeit anstatt einer schonungslos harten, unbeugsam entschlossenen, hingebungsvoll kühnen und heldenmütigen Politik eine schwankende und kleinmütige Haltung einnimmt, ein solcher Mensch begeht durch seine Charakterlosigkeit, seine Schwankungen und seine Unentschlossenheit den gleichen Verrat wie ein direkter Verräter. Persönlich ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Schwäche und einem Verräter aus Absicht und Berechnung sehr beträchtlich; in politischer Hinsicht gibt es einen solchen Unterschied nicht, denn von der Politik hängt faktisch das Schicksal von Millionen Menschen ab, und dieses Schicksal ändert sich nicht, ob nun Millionen Arbeiter und armer Bauern von Verrätern aus Schwäche oder von Verrätern aus Eigennutz verraten werden.“

Eberhard Aurich

05.12.2016

Quellen:

Jutta Voigt: Stierblutjahre. Die Boheme des Ostens

Stefan Heym: Der Winter unsers Mißvergnügens. Aus den Aufzeichnungen des OV Diversant.

Heinz-Rudolf Kunze und Egon Krenz im Gespräch: Ich will hier nicht das letzte Wort

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“ Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR (Dokumente des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR)